

hängen Sanktionen zu lockern. Dies berichtete der Direktor der staatlichen Behörde für Waffenkontrolle und Abrüstung, John Holum, am 4. April vor der Presse in Washington. Falls die Clinton-Regierung ihre Absicht in die Tat umsetzt, erhält Pakistan 38 bezahlte, wegen des Embargos aber nicht ausgelieferte F-16-Kampfbomber, drei P-3-Patrouillenflugzeuge zur Bekämpfung von U-Booten und weitere Rüstungsgüter im Wert von mehr als einer Milliarde Dollar.

Der Vorstoß der amerikanischen Regierung zum Auftakt des am 5. April angetretenen USA-Besuchs von Premierministerin Bhutto signalisiert zumindest Gesprächsbereitschaft über dieses die beiderseitigen Beziehungen belastende Thema. Das Waffenembargo der USA beruht auf dem "Pressler-Amendment", einem nach dem republikanischen Senator Larry Pressler benannten Zusatz zum US-Auslandshilfegesetz von 1985. Demnach darf Pakistan nur dann amerikanische Waffenlieferungen und Hilfgelder erhalten, wenn dies aus Gründen der nationalen Sicherheit der USA erforderlich ist oder

Islamabad mit der Unterzeichnung des Atomwaffensperrvertrags auf den Besitz von Nuklearwaffen verzichtet. Die Bhutto-Regierung bestätigte zwar wiederholt mit dem Hinweis auf die atomaren Rüstungsanstrengungen des indischen Nachbarn die Existenz eines eigenen Nuklearprogramms, das jedoch nach pakistanscher Lesart ausschließlich friedliche Zwecke verfolgt. Senator Pressler selbst hatte vor kurzem vor einer Lockerung der Sanktionen gewarnt und auf CIA-Informationen verwiesen, wonach Pakistan inzwischen über neun bis zehn Atomwaffen verfüge.

#### Herzog besucht Pakistan

Bundespräsident Roman Herzog hielt sich zum Auftakt einer Asien-Reise vom 4. bis 9. April in Pakistan auf, der ersten Visite eines deutschen Staatsoberhauptes seit 1962, als Heinrich Lübke zu Gast war.

In den Gesprächen Herzogs mit der pakistanischen Staats- und Regierungsspitze sowie mit Oppositionsführer Nawaz Sharif standen Menschenrechtsfragen im Vorder-

grund. Laut einem in Bonn veröffentlichten Redetext beklagte er gegenüber seinen Gastgebern nicht nur die von Indien verantworteten Menschenrechtsverletzungen in Kaschmir, sondern mahnte auch in ungewöhnlich deutlicher Form die Respektierung der Menschenrechte in Pakistan selbst an.

In Islamabad unterzeichnete der Bundespräsident ein Regierungsabkommen zur Finanzierung von Entwicklungsprojekten im Gesamtvolumen von 70 Millionen Mark. Nach Auskunft der deutschen Botschaft dienen die Kredite und Subventionen vor allem dem Bau eines Wasserkraftwerkes. Außerdem besuchte Herzog die auch mit deutschen Mitteln geförderte Agha-Khan-Stiftung in Gilgit, die im gebirgigen Norden des Landes zahlreiche Projekte zur Förderung der ländlichen Entwicklung unterhält, mehrere deutsche GTZ-Projekte im Nanga-Parbat-Gebiet sowie die beiden wichtigsten Wirtschaftsmetropolen Lahore und Karachi, wo u.a. Gespräche mit den Vertretern der Industrie- und Handelskammern auf dem Programm standen.

## Krisenherd Karachi:

"Tor zur Welt" wird zur "Stadt des Todes"

von Jorge Scholz und Susanne Thiel

Politische Morde, Bombenattentate religiöser Sekten und Schießereien zwischen Sicherheitskräften und bewaffneten Banden gehören derzeit in der Zwölf-Millionen-Stadt Karachi zum Alltag. Schon seit Monaten liefern sich diverse Terrorgruppen mit blutigen Greueln einen erbarmungslosen Untergrundkrieg, der nicht nur das soziale und wirtschaftliche Leben in der wichtigsten Industrie-, Handels- und Finanzmetropole Pakistans bedroht, sondern zunehmend auch die labile politische Stabilität des ganzen Landes ins Wanken bringt. Selbst massive Militär- und Polizeipräsenz konnte die eskalierende Terrorwelle bisher nicht stoppen: Allein in diesem Frühjahr starben bei Anschlägen rund 400 Menschen. Insgesamt waren in den letzten 15 Monaten mehr als 1200 Tote zu beklagen. Darunter erschreckend viele Kinder, Frauen und andere wehrlose Unbeteiligte, aber auch mindestens 75 Polizisten, die von Heckenschützen erschossen wurden. Ein Ende des Blutvergießens ist bisher nicht in Sicht.

Wie vollständig die öffentliche Sicherheit und Ordnung zusammengebrochen ist, läßt sich auch daran ablesen, daß bislang kein einziges Verbrechen zweifelsfrei aufgeklärt werden konnte. Und dies, obwohl die Armee schon im Juni 1992 mit zeitweilig mehr als 50.000 Soldaten aufmarschierte, um die bis an die Zähne bewaffneten Untergrundmili-

zen zu zerschlagen und den Frieden mit den Sondervollmachten eines für Karachi verhängten Mini-Kriegsrechts wiederherzustellen. Doch die "Operation Clean-Up", wie die Militärs ihre Aktion taufen, scheiterte im Kampf gegen die "Kalaschnikow-Kultur" Karachis. Zwar wurden wiederholt ganze Stadtviertel auf der Suche nach Verdächtigen systema-

tisch Haus für Haus durchkämmt und Hunderte ohne jeden Haftbefehl oder formale Anklage für Wochen und Monate in geheime Untersuchungsgefängnisse verschleppt. Viele Gefangene - in der Mehrzahl Anhänger der 'Nationalen Bewegung der Mohajir' ('Mohajir Quami Mahaz', - MQM) oder Verwandte von gesuchten MQM-Aktivist



"Rangers" patrouillieren in den Straßen von Karachi (Foto: 'Herald')

- klagten laut einem aktuellen Report von 'amnesty international' nach ihrer Freilassung über Folterungen. Doch bedingt durch ihr brutales Vorgehen erreichten die Militärs nur, daß sich in der Bevölkerung Unmut gegen die Sicherheitskräfte und Sympathie für die Terroristen regte. So berichtete die unabhängige Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Commission of Pakistan' (HRCP), daß bei diesen Razzien vielfach unschuldige Bürger zusammengeschlagen und mit Fußtritten traktiert wurden, um Aussagen zu erpressen. Bei Hausdurchsuchungen sollen Soldaten willkürlich Wohnungseinrichtungen zerstört haben. Pakistanische Medien meldeten außerdem wiederholt, daß Verdächtige unmittelbar nach ihrer Festnahme durch Kopfschüsse hingerichtet wurden. Vor allem mobile Fahndungseinheiten, die sich harmlos 'Field Investigation Team's' (FIT) nannten, taten sich mit solchen Exzessen hervor. Doch auch die Polizei wird beschuldigt, gezielt zu morden: So berichtet die englischsprachige Wochenzeitung 'Friday Times' in ihrer Ausgabe Anfang April, daß Polizisten während einer Razzia am 27. Januar vier jugendliche Parteiaktivisten, die man für Terroristen hielt, kurzerhand erschossen hätten. Die Menschenrechtler von HRCP behaupten sogar, daß polizeiintern eine geheime Direktive existiere, wonach verdächtige

Terroristen auf der Stelle zu töten seien, um langwierige Gerichtsverfahren mit ungewissem Ausgang zu vermeiden.

Das rücksichtslose Auftreten der Sicherheitskräfte ist angesichts eines schwelenden ethnischen Dauerkonflikts brisant: Die Armee rekrutiert ihr Personal, wie andere Staatsinstitutionen auch, mit Vorliebe in der bevölkerungsreichen und relativ wohlhabenden Nordprovinz Punjab. Die Punjabis, die eine eigene Sprache sprechen, gelten deshalb im Vielvölkerstaat Pakistan als eine nach Vorherrschaft strebende Ethnie, der die übrigen Völkerschaften und Sprachgruppen mißtrauisch gegenüberstehen. In Karachi treffen die als Hüter der nationalen Einheit entsandten punjabischen Militärs vor allem auf Mohajirs, wie sich die nach der Teilung des Subkontinents aus Indien eingewanderten Muslime nennen. Diese urdusprachige Minderheit, die bis auf den heutigen Tag um ihre politische und gesellschaftliche Anerkennung kämpft, hat in der sindhischen Provinzhauptstadt Karachi, wo sie die absolute Mehrheit der Bevölkerung stellt, ihre Hochburg. Die politische Interessenvertretung der Mohajirs, die Mitte der achtziger Jahre gegründete MQM, feierte in ihrer kuzen Geschichte stürmische Erfolge.

Die Partei verstand es, unter dem straffen Regiment ihres charismatischen Führers Altaf Hussain aus den Spannun-

gen zwischen den Mohajirs und den anderen Völkern der Provinz Sindh - Punjabis, Paschtunen und Sindhis - politisches Kapital zu schlagen. Mit aufpeitschenden Brandreden gegen das alteingesessene Establishment der Feudalherren, Spitzenbürokraten und Armeegeneräle gelang es dem derzeit im selbstgewählten Londoner Exil lebenden Parteivorsitzenden, vor allem den frustrierten städtischen Mittelstand und die entrechteten Bewohner der wuchernden urbanen Elendsquartiere zu mobilisieren. Ironischerweise verdankt die MQM ihren Aufstieg ausgerechnet der Armee, der damals an einer Schwächung der sindhischen Politikerin Benazir Bhutto und ihrer 'Pakistan Peoples Party' (PPP) gelegen war. Tatsächlich erwies sich die MQM bei den Landtagswahlen 1988, 1990 und 1993 jeweils mit knappem Rückstand auf die PPP als zweitstärkste Kraft in der Südprominz. Bemerkenswert daran: Die MQM holte ihre Sitze ausschließlich in den Städten Karachi und Hyderabad, wo die PPP völlig leer ausging. Als die MQM bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Oktober 1993 wegen angeblicher Diskriminierungen alle Kandidaten zurückzog und ihre Anhänger zum Boykott aufrief, sackte die Wahlbeteiligung in Karachi im Schnitt auf unter zehn Prozent! Dafür erwies sich die Bhutto-Partei in den ländlichen Gebieten als unschlagbar, wo mehrheit-

lich Sindhis i  
nungen im S  
Bühne durch  
und PPP ver  
einen schar  
überlagert un  
Die Militär  
in der Praxis  
ben gegen di  
diesem Hint  
kende Mohaj  
durch eine f  
wirken. Gew  
auf Bundes  
sterämter bek  
date niederle  
den ins Gefi  
Ausland. Seit  
gen und Parl  
legitimierte I  
der Millionen  
kaler Ebene  
wählten Voll  
überfälligen  
Furcht vor e  
immer wieder  
dessen tumme  
in Behörden  
betrieben der  
hige und un  
aufgrund po  
Seilschaften i  
sitionen gehie  
rasant wachse  
ihren schier u  
Art sich selbs  
Jahren einen  
ein Beispiel  
der allgemein  
die Energiekri  
Jährlich nim  
500.000 Men  
landlose Bau  
Abwanderer a  
des Karakoru  
nische Bürger  
denten aus de

S  
Crime  
Murder  
Attempt to r  
Injuries  
Kid./Abduct  
Robberies/c  
Vehicle theft  
Vehicle snat  
Arms Ordina

Südasiens 3/95

lich Sindh leben. Die ethnischen Spannungen im Sindh - auf der politischen Bühne durch die Kontrahenten MQM und PPP verkörpert - werden also durch einen scharfen Stadt-Land-Gegensatz überlagert und vertieft.

Die Militärintervention in Karachi, die in der Praxis zum einseitigen Kesseltreiben gegen die MQM geriet, mußte vor diesem Hintergrund für politisch denkende Mohajirs wie eine Besetzung durch eine feindlich gesonnene Macht wirken. Gewählte MQM-Politiker, die auf Bundes- und Provinzebene Ministerämter bekleideten, mußten ihre Mandate niederlegen, wanderten zu Dutzenden ins Gefängnis oder flüchteten ins Ausland. Seitdem fehlt in den Regierungen und Parlamenten eine demokratisch legitimierte Lobby, die die Interessen der Millionenstadt vertritt. Selbst auf lokaler Ebene gibt es derzeit keine gewählten Volksvertreter, da die längst überfälligen Kommunalwahlen aus Furcht vor einem Wahlsieg der MQM immer wieder verschoben wurden. Stattdessen tummeln sich in der Verwaltung, in Behörden und in den Versorgungsbetrieben der Metropole korrupte, unfähige und unmotivierte Beamte, die allein aufgrund politischer oder familiärer Seilschaften in gutbezahlte Führungspositionen gehievt wurden. Die Folge: Die rasant wachsende Riesenstadt bleibt mit ihren schier unlösbaren Problemen aller Art sich selbst überlassen und erlebt seit Jahren einen ungebremsten Niedergang (ein Beispiel für die Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen ist die Energiekrise; siehe Kasten).

Jährlich nimmt die Einwohnerzahl um 500.000 Menschen zu, vor allem weil landlose Bauern aus dem Punjab, Abwanderer aus den Hochgebirgstälern des Karakorums und Hindukushs, afghanische Bürgerkriegsflüchtlinge und Studenten aus dem ganzen Land zu Hun-

derttausenden nach Karachi strömen. Die wuchernden Elendsquartiere, in denen mittlerweile rund ein Drittel der Bevölkerung leben muß, der tägliche Verkehrsinfarkt in den abgasschwangeren Straßenschluchten des Zentrums, die stinkenden Kloaken der Abwasserkanäle, die chronischen Stromausfälle und überbordene Müllberge, von denen sich ein Millionenheer von Krähen und Milanen ernährt, sprechen eine deutliche Sprache. Da sich für die Einwanderer in den seltensten Fällen der Traum vom Reichtum und besseren Leben in der Großstadt erfüllt und nur zu oft in der Hoffnungslosigkeit der Slums endet, ist vor allem für junge Männer, die womöglich in ihren Heimatdörfern Großfamilien zu ernähren haben, der Weg bis zur Gewalt nicht mehr weit. Schon vor einem Jahrzehnt haben sich in den Kolonien der Einwanderer im Vakuum nicht vorhandener öffentlicher Ordnungsstrukturen die Keimzellen krimineller Banden und gewaltbereiter Terrorkommandos als verlängerter Arm politischer Parteien gebildet.

Niemand aus der Riege der Verantwortlichen stellt sich den Tatsachen: die Minister sind damit beschäftigt, sich Verschwörungstheorien auszudenken, die Beamten der Sicherheitsdienst bezichtigen sich gegenseitig der Inkompetenz. Die Regierung vermutet eine große ausländische Konspiration hinter dem Chaos in der Stadt. Die Opposition ist sich sicher, daß die triumphale Rückkehr des MQM-Führers Altaf Hussein aus dem Londoner Exil ein heilender Balsam für die aufgebrachte Stadt wäre. Das unverantwortliche Verhalten der Polizei und des Geheimdienstes, sich gegenseitig die Verantwortung zuzuschieben, ist ein schwerwiegender Faktor, der die Festnahme von Kriminellen verhindert. Wenn jemand im Staat die Krise lösen will, muß er eine Anzahl von wirtschaftli-

chen, politischen und administrativen Faktoren kritisch analysieren, die dazu beigetragen haben, das aus Karachi zu machen, was es heute ist. Eine komplette Umstrukturierung der föderalen Struktur in Pakistan wäre notwendig, um Verbesserungen zuzulassen.

Landesweit ist von den Unruhen und religiös motivierten Übergriffen in Karachi bisher nur wenig zu spüren, auch religiöser Fanatismus tritt im alltäglichen Leben kaum in Erscheinung. Natürlich melden sich immer wieder islamische Extremisten zu Wort, und die Macht und der Einfluß der Koranschulen darf nicht unterschätzt werden. Moscheen und Koranschulen sind von der Zia-ul-Haq-Regierung großzügig unterstützt worden. Die dort ausgebildeten Schüler stellen heute ein grosses Unruhepotential in Pakistan dar, und sind auch in militärischer Hinsicht nicht zu unterschätzen, wie am Beispiel der in Afghanistan kämpfenden Taliban (Absolventen religiöser Schulen in Pakistan; siehe Afghanistan Teil in dieser Ausgabe) deutlich wird.

Politiker- und auch die Meinungen der Bevölkerungsmehrheit sind aber durchaus moderat. Seit 1988 fanden in Pakistan Wahlen statt, und bis auf Probleme in den Provinzen Sindh und Baluchistan gibt es keine großen ethnischen Konflikte. Pakistan kann sich einer relativ großen Presse- und Justizfreiheit rühmen: bei den Fernsehprogrammen ist eine deutliche Liberalisierungstendenz bemerkbar. Religiöse Parteien werden von den großen Parteien 'Pakistan Peoples Party' und 'Pakistan Muslim League' in das Wahlkampf- und Regierungsgeschehen miteinbezogen, weil sie als Verbündete und Koalitionspartner im Machtkampf gebraucht werden. Durch Involvierung und Beteiligung an der Macht wird außerdem ein Unruhefaktor unter Kontrolle gebracht und bei Laune gehalten.

## SERIOUS CRIMES IN KARACHI: 1993 AND 1994

Crime	1994						1993						Diff.
	East	West	South	Central	Malir	Total	East	West	South	Central	Malir	Total	
Murder	434	188	124	298	69	1113	98	76	83	51	57	365	+748
Attempt to murder	350	188	213	221	97	1069	180	143	147	110	73	653	+416
Injuries	112	146	119	75	50	502	136	109	106	74	55	480	+22
Kid./Abduction	93	49	53	57	24	276	122	76	54	86	32	370	-94
Robberies/dacoities	378	171	398	407	110	1464	431	253	406	664	160	1914	-450
Vehicle theft	731	85	626	393	108	1943	545	112	691	305	92	1745	+198
Vehicle snatching	529	43	368	165	72	1177	393	87	302	158	77	1017	+160
Arms Ordinance	676	490	634	670	230	2791	526	364	442	445	179	1956	+835

(aus: 'Herald')

Bei den letzten Parlamentswahlen im Oktober 1993 und ihrem unglücklichen Ausgang für die religiösen Parteien wurde deutlich, wie wenig diese Gruppierungen von der Volksmehrheit getragen werden. Die in drei Wahlallianzen und ein Dutzend religiöser Parteien aufgespaltenen Islamisten gewannen nur neun von 107 Mandaten, weniger als die für nichtmuslimische Minderheiten reservierten Sitze. Nur in Regionen Baluchistans und in der 'North West Frontier Province' haben die Parteien der Schriftgelehrten regelmäßige Erfolge.

Die populären Lieblinge der pakistanischen Bevölkerung - die betont personenorientiert wählt - sind die großen Familien des Landes. Diese gehören entweder dem alten Landbesitzer-Adel an und gestalteten die Geschichte Pakistans mit, wie der Bhutto-Clan, oder sie sind neureiche Industrie-Emporkömmlinge wie Nawaz Sharifs Familie. Das Großgrundbesitzer-Pächter-Verhältnis - der Khan regiert die von ihm Abhängigen nach seinem Gutdünken, ist aber auch für sie verantwortlich - ist in die Staatspolitik übertragen worden.

Auch in Karachi hatten die religiösen Parteien eigentlich nie eine breite Basis, denn deren Probleme und Fragestellungen berühren das alltägliche Leben der Menschen kaum. Es existierte immer eine Kluft zwischen der von den Mullahs und Maulvis gepredigten Religion und dem von den Leuten wirklich praktizierten Islam, die Mehrheit möchte Harmonie zwischen den Religionsge-

meinschaften bewahren. In den letzten Jahren hat die religiöse Intoleranz aber zugenommen. Die islamischen Parteien haben trotz der Wahlniederlage ein ausgeprägtes Selbstbewußtsein und eine besondere Fähigkeit, Menschenmengen zu mobilisieren, um für verschiedene Themen zu demonstrieren. Gefordert wird immer wieder ein "wirklich islamischer Staat", wie er bei der Teilung 1947 versprochen wurde. Dazu gehört die Einrichtung einer islamischen Ordnung und natürlich die Anwendung der Scharia, der islamischen Gesetzgebung. Durch diese Maßnahmen verspricht sich die religiöse Führerschaft wichtige Positionen im Staatsgefüge. Immer wieder werden Themen und Probleme aufgegriffen, um durch die Schürung religiöser Emotionen Gefolgschaft zu gewinnen.

Die Gewalttätigkeiten zwischen Schiiten und Sunniten lebten Mitte der achtziger Jahre in der Provinz Punjab auf, als der Militärdiktator Zia-u.-Haq den extremistischen sunnitischen Klerus unterstützte, um eine Machtbasis bei der islamischen Rechten zu bilden. Die Partei der sunnitischen Extremisten, Jamaat-e-Ulema, ist in elf Fraktionen aufgespalten, deren militanteste die Sipah-i-Sahaba Pakistan (Soldaten der Prophetengefährten) ist. Ihr Führer Azam ist ständig von einer Schar Leibwächter umgeben, alle seine Vorgänger wurden umgebracht. Die SSP glaubt an einen reinen Sunniten-Staat und physische Vernichtung aller Schiiten. Auf ihr Konto gehen wahrscheinlich viele der

Morde an Schiiten in Karachi. Eigentlich müßte die Propaganda der Sipah-i-Sahaba schon unter Strafe gestellt werden, aber sie sind bislang von staatlichen Sanktionen verschont geblieben. Die Schiiten-Partei Tharik-i-Jafria hat eine ähnlich blutige Vergangenheit. Auch die Vorgänger des Führers Sajid Ali Nagvi wurden samt und sonders von Gegnern umgebracht. Die pakistanischen Schiiten sind unter dem Einfluß der iranischen Revolution selbstbewußter und militanter geworden.

Es hat viele Versuche gegeben, Haß zwischen sunnitischen und schiitischen Gruppen auf breiter Basis zu schüren, z.B. durch das Drucken diskriminierender Schriften und Plakate. Die Mehrheit der Bevölkerung stand dieser Literatur und den Haßpredigten des Klerus aber immer abweisend gegenüber. Die Angriffe auf sunnitische und schiitische Moscheen sind nicht auf sektiererischen Krieg zurückzuführen, sondern auf eine Konspiration von einer kleinen und gut trainierten Armee der Aktivisten, um einen solchen anzufachen.

Die Wahrscheinlichkeit einer Machtübernahme durch geistliche und radikale Führer in Pakistan ist verschwindend gering. Mögen auch die demokratischen Elemente noch recht neu sein und auf wackligen Beinen stehen, so ist das demokratische Bewußtsein jedoch soweit ausgeprägt, daß die bestehende politische und soziale Ordnung nicht von einem Aufstand religiöser Extremisten umgeworfen werden könnte. Außerdem sind die religiösen Gruppierungen in sich völlig zerrissen und würden sich einer gemeinsamen Führung niemals unterordnen. Um der schwachen Regierung Zugeständnisse abzupressen, die den religiösen Führern Vorteile sichern und akzeptabel im islamischen Sinn sind, werden sie auch in Zukunft Unruhe stiften und zu einer weiteren Schwächung der Regierung beitragen.

(Jorge Scholz ist freier Journalist und Vorstandsmitglied des 'Südasiens-Büro'. Susanne Thiel ist Ethnologin und arbeitet zur Zeit bei der 'Deutschen Stiftung für Internationale Entwicklung'.)



So sieht die 'The Friday Times' den hilflosen Bürger zwischen Polizei und Terrorgruppen